



Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebensstils. In Deutschland nehmen gesundheitliche Risiken und Krankheiten wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu, deren Ursachen auch ein ungesundes Essverhalten und mangelnde Bewegung sind. Besonders besorgniserregend sind diese Entwicklungen bei jungen Menschen. Die Koalition setzt daher mit ihrem Antrag „Gesunde Ernährung stärken - Lebensmittel wertschätzen“ im Deutschen Bundestag in dieser Woche Impulse für eine gesunde Ernährung. Wir wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren, positive Anreize setzen und darauf hinwirken, dass insbesondere an Kindertagesstätten und Schulen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer gesunden und ausgewogenen Verpflegung teilhaben können. Politik und Staat können und wollen den Menschen keinen bestimmten Lebensstil vorgeben. Die Politik kann sie aber mit unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten dabei unterstützen, Kompetenzen zur Ausprägung eines eigenen, gesundheitsfördernden und nachhaltigen Lebensstils zu erwerben (siehe Europäisches Kerncurriculum Ernährungsbildung).

Die Bundesregierung unterstützt bereits seit 2008 mit dem in der letzten Großen Koalition aufgelegten Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ bis 2020 auf vielen Ebenen Maßnahmen zur Eindämmung von Fehlernährung und Bewegungsmangel und damit zur Prävention von krankhaftem Übergewicht. Dies muss fortgeführt und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Denn insbesondere Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien sind von Fehlernährung betroffen. So ist es auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit, für ihre Teilhabe an gesunder Ernährung zu sorgen (in Kitas, Schulen etc.) und sie vor ungesundem Ernährungsverhalten zu schützen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Wertschätzung von Lebensmitteln eine wichtige Rolle. Wir wollen nicht nur die Ernährungsbildung und das Wissen über Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion stärken, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher auch für den Wert der Lebensmittel sensibilisieren, damit sie ihren Beitrag zur Reduktion vermeidbarer Lebensmittelabfälle leisten können.

Die Union will unter anderem mit dem Antrag die Initiativen zur gesunden Ernährung wie IN FORM und „Gesund ins Leben“ weiterführen und ausbauen (u.a. im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie) sowie bewährte Bundesprogramme der Familienförderung im Hinblick auf den Schwerpunkt „Gesunde Ernährung“ ergänzend und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausstatten.

Im Hinblick auf gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Schulnetzungsstellen auch über 2016/17 hinaus unterstützen; uns auf der europäischen Ebene dafür einsetzen, die Programme für Schulobst und -gemüse sowie für Schulmilch zusammenzuführen und dabei so auszugestalten, dass eine Teilnahme der Bundesländer erleichtert wird. Zudem wollen wir den Erwerb des Ernährungsführerscheins für Grundschulkindern weiter ermöglichen und den Erwerb in weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Initiativen wie den Landfrauen ausbauen.

Gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel wollen wir außerdem eine nationale Strategie erarbeiten für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten und darauf hinwirken, dass „quengelfreie“ (süßigkeitenfreie) Kassen in Supermärkten angeboten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



bei den bundespolitischen Vorhaben für 2015 steht unter anderem die Erarbeitung des Bundesteilhabegesetzes ganz oben auf unserer Agenda. Hier wollen wir dafür sorgen, dass die Entlastung der Kom-

munen wie versprochen erfolgt, und die Erhöhung der Standards nicht nach dem Motto „rechte Tasche, linke Tasche“ den Entlastungsrahmen der Städte und Gemeinden sprengt. Neben der geplanten Verabschiedung der Frauenquote und dem Entgeltgleichheitsgesetz bemühen wir uns im Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend in diesem Jahr vor allem auch die Finanzierungsverstärkung der Mehrgenerationenhäuser. Hier haben wir gute Aussichten auf Erfolg, so dass auch das MGH in Beckum sehr wahrscheinlich über 2015 hinaus finanziert werden kann.

Beim Thema Sterbehilfe stehen in diesem Jahr die Abstimmungen an, meine klare Auffassung ist hinreichend bekannt.

In meinem Bereich Verkehr steht der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 als Nachfolge für den BVWP von 2003 als wichtigstes Projekt an.

Mit der „schwarzen Null“, also null Neuverschuldung schon 2014, geplant auch in diesem Jahr und für 2016, setzen wir unsere sehr solide Finanzpolitik fort!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Diskussionsrunde zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen zu Fracking mit Kritikern aus der Unionsfraktion
- Interview mit dem Verwaltungspraktikanten Konstantin Witt aus Beckum
- Gespräch mit der Bundesvereinigung mittelständischer Bauunternehmer, PSt Dorothee Bär MdB und Karl Holmeier MdB zu ÖPP im Verkehrsministerium
- Sitzung der Arbeitnehmergruppe u.a. zur Reform der Eingliederungshilfe
- Landesgruppentreffen mit dem Verband der Chemischen Industrie zur Verkehrsinfrastruktur in NRW
- Eröffnung der Internationalen Grünen Woche
- Verschiedene Neujahrsbegegnungen

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage www.cdu-sendker.de hinweisen.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Sven Volmering: Bildung in Deutschland gemeinsam voranbringen Debatte zum Nationalen Bildungsbericht im Bundestag

Am Freitag berät der Deutsche Bundestag den 5. Nationalen Bildungsbericht. Der Bericht wird alle zwei Jahre durch eine unabhängige wissenschaftliche Autorengruppe erstellt und umfasst vergangene Entwicklungen, aktuellen Stand und zukünftige Herausforderungen des deutschen Bildungssystems im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Schulbildung bis hin zur Aus- und Weiterbildung. Einen weiteren Fokus legte der Bildungsbericht 2014 auf das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“.

Der aktuelle Bildungsbericht bescheinigt der unionsgeführten Bundesregierung – zusammen mit Ländern, Kommunen sowie Bildungsträgern aus Wirtschaft und Gesellschaft – eine gute Arbeit: Insgesamt hat sich der Bildungsstand der Bevölkerung erhöht. Speziell zu erwähnen ist der deutliche Anstieg der Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren durch die Förderung des Ausbaus von Kindertagesstätten. Weiterhin diagnostiziert der Nationale Bildungsbericht eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie das Absinken der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss und des Anteils der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Diese aufgezeigten Erfolge sind für CDU und CSU allerdings kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Deshalb macht sich die Unionsfraktion in ihrem ebenfalls beratenen Antrag „Bildung in Deutschland gemeinsam voranbringen, Lehren aus dem Nationalen Bildungsbericht 2014 ziehen, Chancen der Inklusion nutzen“ dafür stark, durch gemeinsame Initiativen mit den Ländern die Qualifizierung in der Lehrerbildung auf dem Gebiet der Inklusion weiter zu unterstützen. Ebenso setzen sich CDU und CSU dafür ein, die Attraktivität der beruflichen Bildung durch eine verstärkte Berufsorientierung an Schulen und eine Ausbildungsbegleitung – beispielsweise durch die Weiterentwicklung der Initiative „Bildungsketten“ – zu stärken. Der Abgeordnete für Bottrop, Dorsten und Gladbeck, Sven Volmering, betont: „Ziel muss es sein, allen jungen Menschen und ihren Eltern realistische Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, damit wir Abbrecherquoten senken und jedem Jugendlichen, wie es die Allianz für Aus- und Weiterbildung vorsieht, eine Ausbildungsgarantie geben können.“

Gleichzeitig erinnert Sven Volmering – vor seinem Mandat selbst Lehrer an einem Gymnasium in Bocholt – an die damit verbundene zusätzliche Belastung der Schulen und Lehrkräfte und mahnt die Bundesländer als zentral Verantwortliche an, diese an anderer Stelle deutlich zu entlasten: „Die Intensivierung der Berufsorientierung bedeutet eine Herausforderung für die Schulen. Deshalb brauchen sie Entlastung. Kollegien und Schulleitungen ächzen unter einem enormen Bürokratieaufwand. Deshalb muss Bürokratie an deutschen Schulen massiv reduziert werden. Schulen muss die Freiheit gegeben werden, stärker als bisher auf aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eingehen zu können, ohne durch zentrale Vorgaben gefesselt zu werden.“

Foto: Markus Hammes

Städte und Gemeinden der Zukunft werden barrierefrei sein

Neue Förderprogramme aufgelegt



Die Bundesregierung hat für 2015 neue Programme zur Städtebauförderung aufgelegt, mit denen auch für mehr Barrierefreiheit in den Kommunen gesorgt werden soll. Dazu erklärt der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Uwe Schummer MdB:

„Mit den neuen Programmen zur Städtebauförderung will die Bundesregierung auch auf den demografischen Wandel reagieren. Dazu gehören Maßnahmen für eine bessere Barrierefreiheit. Sie ist ein wesentliches Merkmal für den Städtebau der Zukunft, insbesondere in einer stetig alternden Gesellschaft. Barrierearme oder barrierefreie Plätze, Gebäude oder Straßen sind für all jene Bürgerinnen und Bürger von Vorteil, die dauerhaft oder vorübergehend in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Familien mit kleinen Kindern, Ältere, Menschen mit Gehhilfen oder Rollstühlen wollen sich schnell und unabhängig fortbewegen können, ohne überall auf Hürden zu stoßen.“

Insgesamt wird der Bund 650 Millionen Euro investieren, um Länder und Kommunen beim Städtebau zu unterstützen. Für 2015 sollen eine Reihe von Bund-Länder-Programmen zur Verfügung stehen, beispielsweise zur Anpassung der Städte an den demografischen und strukturellen Wandel in Ost (105 Millionen Euro) und West (105 Millionen Euro), zur Förderung benachteiligter Quartiere (150 Millionen Euro), zur Förderung der Stadt- und Ortsteilzentren (110 Millionen Euro) sowie zum Erhalt historischer Stadtkerne und Stadtquartiere in Ost (70 Millionen Euro) und West (40 Millionen Euro). Auch zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen und dünn besiedelten Raum stehen 70 Millionen Euro bereit.

Damit stellt der Bund die Weichen für eine moderne, bürgerfreundliche Architektur für alle. Jetzt müssen die Städte und Gemeinden diese Chance nutzen.“

Foto: Swen Siewert

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2015
15. Januar 2015

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion
im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck